

deshalb notwendig, weil für eine bestimmte Zeit Neues und Altes nebeneinander, sicher in nicht wenigen Fällen gegeneinander wirken werden. - Auch wenn es unvollkommen und überholt ist, wir dürfen besonders in der Wirtschaft nicht zulassen, daß Bisheriges abgelöst wird, bevor Besseres an seine Stelle tritt. Sonst tut sich die Gefahr auf, daß unsere Gesellschaft und unser Staat in Chaos und Anarchie gestürzt werden.

Eine weitere Ursache der Verschärfung der politischen Situation liegt meines Erachtens darin, daß die bisherige Parteiführung bis auf wenige Ausnahmen die Politik der 9. Tagung nicht getragen hat. Unter dieser Situation hat die Handlungsfähigkeit der ganzen Partei, vor allem das Vertrauen der Basis zu ihrer Führung, stark gelitten. Konsequenzen werden mit den Kaderveränderungen dieser Tagung gezogen. Wer sich der beschlossenen Politik nicht gewachsen fühlt, muß das aus Verantwortung für unsere Partei und unsere Sache rechtzeitig sagen und zurücktreten. Das gilt in besonderem Maße auch für jene Genossen, die auf Vorschlag unserer Partei in Staatsfunktionen gewählt sind. Als einen schweren Fehler betrachte ich das Verhalten des Volkskammerpräsidenten und des Ministerratsvorsitzenden. Tatsache ist, daß seit längerer Zeit von breiten Kreisen der Bevölkerung sowie von vielen Abgeordneten und mehreren Fraktionen der Volkskammer eine Aussprache zur aktuellen Lage und der Rücktritt der Regierung gefordert wurden. Durch die Ignoranz dieser Forderungen und dazu gestellter Anträge wurde der Wille des Volkes mißachtet und die Partei durch Genossen ihrer Führung diskreditiert. Solche Praxis steht in krassem Widerspruch zur Erklärung des Staatsratsvorsitzenden vom 24. Oktober. Auch die Beziehungen unserer Partei zu unseren Bündnispartnern wurden belastet, und nicht zuletzt wird gegen die Verfassung der DDR und die Geschäftsordnung der Volkskammer verstoßen. Weil es uns ernst damit ist, daß die Volksvertretungen uneingeschränkt als Machtorgane des Volkes zum Tragen kommen, darf sich das, was wir in den zurückliegenden drei Wochen erlebten (über die Zeit davor möchte ich nicht sprechen), darf sich das nicht wiederholen.

Für berechtigt halte ich auch die Forderung aus vielen Parteiorganisationen, daß sich leitende Genossen nicht aus ihren Funktionen davonstellen dürfen. Bei Ablösungen von Genossen sollte unzweideutig über die Gründe dafür und über die persönliche Verantwortung für die entstandene Situation, aber auch über ihre Gesamtverdienste gesprochen werden.

Als dritte Ursache sehe ich, daß es bisher nicht gelungen ist, die Partei für die von der 9. Tagung des Zentralkomitees beschlossene Politik zu mobilisieren. Viele Genossinnen und Genossen waren unzufrieden mit